

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eward Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile ober deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeiterermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Die Rolle der Gewerkschaften im Gesellschaftsleben.

Von Fritz Tarnow.

II.

Betrachten wir zunächst den Inhalt der Zwingschen „Soziologie der Gewerkschaften“, wobei angenommen werden darf, daß in dem vorliegenden ersten Band der Gesamtumfang der Gewerkschaftstheorie, wie Zwing sie sieht, bereits enthalten ist. In einer Einleitung begründet Zwing zunächst treffend die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Theorie. Dem folgt ein Kapitel über „Die Problemstellung für die Gewerkschaften“, das mit der Feststellung abschließt: „Die Wirtschafts-demokratie ist daher heute und für die nächste Zukunft das große gewerkschaftliche Zentralproblem“. Der nächste Abschnitt behandelt „Angewandte Demokratie in der Wirtschaft“, und Zwing gibt darin eine Uebersicht über die Entwicklung und den Stand der demokratischen Einrichtungen und Tendenzen im Wirtschaftsleben. Sie sind sichtbar sowohl im Tarifvertrag und im Arbeitsrecht wie im Produktionsprozeß und bei der Führung der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Rätebewegung war der spontane Ausdruck dafür, wie die Idee der Wirtschaftsdemokratie bereits die breiten Massen erfaßt hat. In den Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörpern und im Wirtschaftsparlamentarismus hat sie bereits einen praktischen Niederschlag gefunden.

Dem Betriebsrätegesetz mißt Zwing nur geringen wirtschafts-demokratischen Wert bei, da das alleinige Bestimmungsrecht des Unternehmers dadurch kaum eingeschränkt wird. Das liegt daran, daß im Einzelbetrieb das kapitalistische Individualprinzip noch am meisten erhalten ist. Die höheren Wirtschaftsstufen sind aber schon in starkem Maße kollektivistisch, und darum wird von hier aus — insbesondere durch den wirtschaftlichen Parlamentarismus — der gewerkschaftliche Kampf für die Wirtschaftsdemokratie am erfolgreichsten zu führen sein.

„Uebersichten wir die Entwicklung“, sagt Zwing, dieses Kapitels abschließend, „welche die Gesamtwirtschaft in den letzten Jahrzehnten genommen hat, so sehen wir, daß der demokratische Gedanke der wirtschaftlichen Gleichberechtigung innerhalb dieser Entwicklung in langsamem aber unaufhaltbarem Aufstieg begriffen ist. In großen Linien ist das weitere Werden klar erkennbar. Die Tendenz der Entwicklung bewegt sich dahin, den schaffenden Menschen aus dem wirtschaftlichen Untertanenverhältnis zum mitbestimmenden, willensbildenden Bürger der Wirtschaft zu machen und in den Mittelpunkt der Gesamtwirtschaft wieder den Menschen anstatt der Ware „menschliche Arbeitskraft“ zu stellen“. Diese Entwicklung kräftig zu fördern, sei die wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe, die allerdings nicht erfüllt würde, „wenn die Gewerkschaften Möglichkeiten paritätischer Arbeit ablehnen. Jede Möglichkeit muß vielmehr voll ausgenutzt werden, auch dann, wenn der andere Kontrahent es an gutem Willen offenbar fehlen läßt“.

In dem nächsten Kapitel über „Die theoretische und praktische Stellung der Gewerkschaften“ kommt Zwing dann zur zusammenfassenden Darstellung seiner Gewerkschaftstheorie. Mit der Nachkriegszeit beginnt für die Gewerkschaften eine neue Epoche. Lagen ihre Interessen bis dahin bei der Sozialpolitik und bei der Verteilung des Arbeitsertrages, so erschließt sich ihnen nun durch die Idee der Wirtschaftsdemokratie ein neues Interessengebiet, hinter dem die alten nur noch geringere Bedeutung besitzen.

Die neue Idee ist die der Ebenbürtigkeit in der Wirtschaft. Bisher hatten die Gewerkschaften wohl auch ein ökonomisches und gesellschaftliches Endziel vor Augen, nämlich den Sozialismus. Aber die Vorstellungen darüber waren ziemlich unklar, und es war eine Hoffnung für eine unlegene Zukunft. Die neue Idee ist greifbarer und in ihren Anfängen schon verwirklicht. Mit dem alten Ziel steht sie in einem gewissen Gegensatz, denn das sozialistische Prinzip will eine Beseitigung des Unternehmertums und des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Die neue Idee beschränkt sich zunächst auf die Parität zwischen den beiden Wirtschaftsklassen. Beide sollen gleichberechtigt und solidarisch im Produktionsprozeß zusammenwirken. Die Idee stützt sich auf die Erkenntnis, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch eine Zwischenstufe liegt. Ob dann, wenn die Ebenbürtigkeit verwirklicht worden ist, „noch ein Kampf um Veränderung der Besitzverhältnisse und Beseitigung des Unternehmertums überhaupt zu führen ist“, sagt Zwing, kann als eine offene Frage angesehen werden. Die Idee der Ebenbürtigkeit ist bestimmt, „zum Leitgedanken aller gewerkschaftlichen Arbeit in Gegenwart und nächster Zukunft zu werden und leitet eine Weltumwälzung in der Stellung der Arbeit zur Ökonomie der Gesamtgesellschaft ein“.

Die Weltumwälzung aber das Prinzip der Ebenbürtigkeit in der Praxis durch. Die beiden Kräftezentren in der Wirtschaft, Kapital und Arbeit, sind im Prinzip und in der Theorie ebenbürtig. Allerdings gebührt eigentlich der Arbeit die Priorität. „Nur zur Produktion kommt es wenigstens darauf an, wer die Produktionsmittel besitzt, als wer sie handhabt. In der Praxis aber steht die Arbeit bis jetzt in einem nachgeordneten Verhältnis zum Kapital.“

Jedoch ist nicht zu verkennen, daß sich in der Wirtschaft bereits grundsätzliche Veränderungen zeigen. Die alte individuell-anarchistische Wirtschaftsform ist vielfach schon überwunden, und wir sehen heute „eine nach Ordnung und System suchende neukapitalistische Wirtschaft, aufgebaut auf den Prinzipien des Kollektivismus und der Kooperation“. Der Kollektivismus wiederum ist dem Ebenbürtigkeitsprinzip von Natur aus ebenso günstig, wie ihm der Individualismus ungünstig ist. So ist die wirtschaftliche Demokratie nur die logische Konsequenz und die natürliche Frucht der kollektivistischen Wirtschaft.

Was heißt nun wirtschaftliche Demokratie? Man wird dem Begriff Demokratie nicht gerecht, wenn man darin nur die Herrschaft der größeren Zahl, das Majoritätsprinzip sieht. Ist eine solche mechanistische Auffassung für die politische Demokratie schon ein Uebel, so läßt sich für die Führung der Wirtschaft mit Abstimmungen und Zahlenmehrheiten überhaupt nichts anfangen. Richtig verstanden heißt Demokratie aber auch gar nicht Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit, sondern Ueberwindung der Gegensätzlichkeit durch die Herstellung der Einheitlichkeit. Wirtschaftsdemokratie in diesem Sinne bedeutet also Aufhebung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit und Herstellung einer ökonomischen Einheit. Der Weg zu diesem Ziel besteht in einem ganzen „System von Ungleichem von Interessen und Ausgleichungen von Lebensgegenständen der heute noch widerstrebenden Kategorien“. Der Prozeß der Interessenausgleichung wird nicht ohne Kampf vor sich gehen. Aber Ziel des Kampfes ist nicht Tod und Untergang des anderen, sondern eben der Ausgleich der Interessen.

Die Formen der wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit sind mannigfaltig, und es läßt sich noch gar nicht voraussehen, welche Form sich am meisten durchsetzen wird. Die natürlichen Gesetze des Ausleseprozesses werden aber dafür sorgen, daß es diejenige sein wird, bei der das Ebenbürtigkeitsprinzip am vollkommensten verwirklicht ist. Nämlich, wo das der Fall ist, wird die Ergiebigkeit des Produktionsprozesses am größten sein. Einzelne Schichten der Kapitalistenklasse werden sich natürlich sträuben, aber sie werden dann einfach zugrunde gehen müssen, weil sie gegenüber den Zeilen der Wirtschaft, in denen die Demokratie bereits verwirklicht ist, nicht mehr konkurrenzfähig sind. Das rührt daher, daß die Umwandlung des Arbeitsmenschen von der Ware zum Persönlichkeitsstadium ungeheure produktionsfördernde Energien auslöst. Seit der Entdeckung der produktionsfördernden Eigenschaft der Arbeitsteilung ist für die Vermehrung der Produktionsleistungen keine andere so bedeutsam wie die, daß die Ergiebigkeit der Wirtschaft umso größer ist, je besser das Ebenbürtigkeitsprinzip verwirklicht ist. Im Ausleseprozeß der Wirtschaft werden aber diejenigen Unternehmungen und Wirtschaftszweige, die die ergiebigste Produktionsmethode anwenden, erhalten und weiterentwickelt; die anderen müssen eingehen.

Andersseits vollzieht sich in der Wirtschaft mit unwiderstehlicher Gewalt die Entwicklung vom Individualismus zum Kollektivismus. In der ersten Periode des Kapitalismus schien der Individualismus Ziel der Entwicklung zu sein. Nach der liberalen Volkswirtschaftslehre sind es die Einzelpersönlichkeit des Unternehmers und seine Initiative, die den Fortschritt verbürgen. Aber dann zeigte sich, daß dem kollektivistischen Prinzip die höhere Wirtschaftlichkeit innewohnt: Kartelle, Trusts, Kongerne entstehen und übersüßeln das Einzelunternehmen. Innerhalb solcher zusammengefaßter Unternehmervielseiten wird das Bestimmungsrecht des Einzelunternehmers immer mehr abgetötet; schließlich verbinden sich mehrere solcher Gruppen zu einer gemeinsamen Wirtschaftsorganisation, und damit verliert auch der einzelne Konzern sein Selbstbestimmungsrecht. So sieht man heute schon ganz klar, daß nach dem Zuge der Entwicklung das Individualprinzip dem Kollektivprinzip weichen muß.

Im Prinzip hat sich dieses letztere in der kapitalistischen Klasse bereits durchgesetzt. Die Arbeiterklasse aber ist durch die gewerkschaftliche und sozialistische Schulung schon viel früher zum Klassensozialismus gekommen. Auf dieser Stufe aber kann die Entwicklung nicht stehenbleiben, sondern sie muß nun, zwangsläufig einem Weltgesetz folgend, weiter zur vollkommenen Solidarität der Gesamtgesellschaft führen. Damit ist die glückliche Synthese von Individualismus und Kollektivismus verwirklicht, denn in dieser vollkommen kollektivistischen Wirtschaft, wenn der Arbeiter nicht mehr als Ware, sondern als Persönlichkeit mit im Produktionsprozeß steht, werden erst alle schöpferischen Einzelkräfte, die in der Gesellschaft sind, voll zur Entfaltung kommen. — Aus alledem ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, alle Kräfte auf die möglichst schnelle Verwirklichung des Ebenbürtigkeitsprinzips und auf den Ausgleich der Klassenverhältnisse zu richten. Der Kampf um die Verteilung des Arbeitsertrages hat dahinter nur noch sekundäre Bedeutung.

Die Zwingsche Theorie ist vorstehend in ihren Grundzügen so wiedergegeben, wie sie sich aus seiner Schrift ergibt. Dabei

ist es immerhin nicht ganz ausgeschlossen, daß Zwing selbst hier und da etwas anderes sagen wollte; denn seine Ausdrucksform, die abstrakte Formulierungen aus der Gesellschaftswissenschaft liebt, zeichnet sich manchmal durch eine gewisse Unklarheit aus. Daß die von Zwing entwickelten Gedankengänge kritisch betrachtet werden müssen, wird der gewerkschaftlich und sozialistisch geschulte Leser bereits gemerkt haben. Ein weiterer Artikel soll dieser notwendigen Kritik dienen.

Die Lage im Drechslergewerbe.

III.

Die überwiegende Entlohnungsart war im gesamten Drechslergewerbe von jeher der Akkordlohn. So waren nach einer statistischen Feststellung im Jahre 1912 62,2 Prozent aller Drechslerearbeiter Akkordlohnarbeiter. Nach der vorliegenden Statistik arbeiten von den erfaßten 11 829 Personen (ausschließlich der Lehrlinge) 3231 in Akkordlohn, das sind nur 27,2 Prozent aller Beschäftigten. Dieser starke Rückgang der Akkordarbeit ist ausschließlich auf die heute völlig veränderten Verhältnisse in der Holzbranche zurückzuführen. Die Massenerzeugnisse der Holzbranche werden heute fast nur durch die Fassonndrehbank bewältigt, während der Handdrechler nur Einzelsachen zu drehen hat, bei denen ein Akkordlohn kaum berechenbar ist. Unter sämtlichen Beschäftigten weisen die Drechler 26,8 Prozent und alle Ungelernten 29,4 Prozent Akkordarbeiter im Durchschnitt auf. Bei den letzteren beträgt das Akkordlohnverhältnis der Hilfsarbeiter 24,2, der Arbeiterinnen 32 und der Jugendlichen 39 Proz. Branchenweise berechnet arbeiten in der Holzbranche 20,8 Prozent aller Beschäftigten in Akkordlohn, und in der Hornbranche 23,8 Prozent. Die Pfeifenbranche weist 37,7 Prozent, die Füllhalterbranche 44,1 Prozent, die Gummibranche 45,3 Prozent und die Bein- und Eisenbranche 49,5 Prozent Akkordarbeiter auf. In der Alabasterbranche ist die Akkordarbeit bedeutungslos und in der Bernsteinbranche wird überhaupt nur in Stundenlohn gearbeitet. Von den gelernten Drechslern arbeiten 22,2 Prozent Holzdrechler, 28,1 Prozent Horndrechler, 35,9 Prozent Bein- und Eisenbedrechsler, 46,5 Prozent Gummidrechsler, 49,8 Prozent Pfeifendrechsler und 78,2 Prozent Füllhalterdrechler in Akkordlohn. Die ungelerten Beschäftigten weisen in der Bein- und Eisenbranche prozentual die meisten Akkordarbeiter auf. In dieser Branche arbeiten 52,9 Prozent aller Ungelernten in Akkordlohn, in der Hartgummibranche 42,7 Prozent, in der Füllhalterbranche 37,6 Prozent, in der Pfeifenbranche 29,1 Prozent, in der Holzbranche 18,2 Prozent und in der Hornbranche 16,8 Prozent.

In den kleineren Zweigbranchen des Drechslergewerbes ist mithin die Akkordarbeit noch stark vertreten. Es sind das ausschließlich solche Branchen, bei denen hauptsächlich Massenartikel die Hauptproduktion bilden. Die Durchschnittslöhne liegen bei der Akkordarbeit um durchschnittlich 12,3 Prozent höher als bei der Zeitlohnarbeit, und zwar beträgt der Durchschnittsverdienst, für alle Branchen und Berufskategorien berechnet, bei Akkordarbeit 58,3 Pf. und bei Lohnarbeit 51,6 Pf. pro Stunde. Für die einzelnen Berufskategorien kommen folgende Durchschnittsverdienste in Frage: Für Drechler 65 Pf. bei Akkordarbeit, 57,7 Pf. bei Lohnarbeit; für Hilfsarbeiter 55,3 Pf. bei Akkordarbeit, 46,5 Pf. bei Lohnarbeit; für Arbeiterinnen 37,7 Pf. bei Akkordarbeit, 30,8 Pf. bei Lohnarbeit; für Jugendliche 32,1 Pf. bei Akkordarbeit und 23,7 Pf. bei Lohnarbeit. Der Verdienst bei Akkordarbeit ist bei den Drechslern um 11,2 Prozent, bei den Hilfsarbeitern um 15,9 Prozent, bei den Arbeiterinnen um 18,3 Prozent und bei den Jugendlichen um 26,2 Prozent höher. In den einzelnen Branchen verzeichnen die Drechler folgende Stundenlöhne:

Branch	Bei Akkordarbeit Pf.	Bei Lohnarbeit Pf.	Im Durchschnitt Pf.
Bein und Eisenbein	60	63	61,9
Holz	63,4	56	58,4
Pfeifen	67,4	54	60,6
Hartgummi	69,1	63,5	65,6
Horn und Kunsthorn	73	60,7	64,1
Füllfederhalter	74,1	63,7	68,6
Alabaster	105	73,3	86
Bernstein	—	77	77

Die Löhne der Holzdrechler sind also am niedrigsten. Das erklärt sich daraus, daß die Holzdrechler zum größten Teil in Betrieben mit rückständigen Einrichtungen arbeiten, und die Unternehmer, das sind meist Kleinmeister, auf Kosten der Arbeiterlöhne versuchen, sich konkurrenzfähig zu erhalten, anstatt ihre Betriebe technisch vollkommen auszugestalten. Ein Blick auf die höheren Löhne der anderen Branchen rechtfertigt diese Behauptung; denn die Betriebe dieser Branchen sind mit den besten betrieblichen Einrichtungen versehen. Allerdings, das muß besonders hervorgehoben werden, sind die Verdienste in diesen Branchen auch noch stark verbesserungsbedürftig.

Die wirtschaftliche Krise hat auch in das gesamte Drechslergewerbe tief eingegriffen. Das beweist der Umfang und die

Dauer der Arbeitslosigkeit, obgleich diese zur Zeit dieser statistischen Erhebung schon bemerkbar zurückgegangen war. Immerhin waren noch 12,5 Prozent der Drechsler aller Branchen im Durchschnitt 10 Wochen arbeitslos. Am härtesten sind mit 64,7 Prozent arbeitslos die Malabasterdrechsler betroffen worden. Die Füllfederhalterdrechsler wiesen 54,4 Prozent arbeitslos auf, die Bein- und Eisenbeindrechsler 23,7 Prozent. Von den Gummidrehslern waren 17,2 Prozent und von den Holzdrehslern 11,1 Prozent arbeitslos. Etwas günstiger war der Beschäftigungsgrad in der Bernsteinbranche, die 8 Prozent arbeitslos zählte, und am günstigsten in der Pfeifen- und Hornbranche mit 3,6 bzw. 3,2 Prozent arbeitslos. Die Dauer der Arbeitslosigkeit schwankt im Durchschnitt zwischen 6 bis 17 Wochen. Sie weist in den einzelnen Branchen folgende Ziffern auf: Bernsteinbranche 6 Wochen, Malabaster- und Hornbranche je 7 Wochen, Gummi- und Füllfederhalterbranche je 8 Wochen, Holzbranche 10 Wochen, Pfeifenbranche 15 Wochen und Bein- und Eisenbeinbranche 17 Wochen. Von den in Beschäftigung stehenden arbeitete ein nicht geringer Teil mit verkürzter Arbeitszeit. Am härtesten sind die Branchen von der Kurzarbeit betroffen, die schon die stärkste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. An der Spitze steht wiederum die Malabasterbranche mit 88,9 Prozent Kurzarbeitern. Die Bein- und Eisenbeinbranche verzeichnete 50,8 Prozent, die Füllhalterbranche 23,9 Prozent, die Hartgummibranche 21,9 Prozent, die Pfeifenbranche 18,7 Prozent, die Bernsteinbranche 15,8 Prozent, die Holzbranche 13,8 Prozent und die Hornbranche 3,8 Prozent der Beschäftigten als Kurzarbeiter. Im Gesamtdurchschnitt waren 15,3 Prozent der in Arbeit stehenden Drechsler von der Kurzarbeit betroffen, deren Dauer am Tage der Feststellung bereits 12 Wochen im Durchschnitt betrug. Von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind die Branchen am härtesten betroffen, die für den Luxus- und Exportbedarf arbeiten. Heute ist auch im Drechslergewerbe der Beschäftigungsgrad wieder besser, doch ist der Normalstand bei weitem noch nicht erreicht.

Das Organisationsverhältnis der Drechslerarbeiter kann gerade nicht als gut bezeichnet werden. Im Durchschnitt aller Branchen sind 64,5 Prozent aller Beschäftigten organisiert. Von den Organisierten gehören 92,5 Prozent dem Deutschen Holzarbeiter-Berband an und 7,5 Prozent anderen Organisationen. Bei den einzelnen Berufsgruppen ist das Organisationsverhältnis folgendes: Die Drechsler sind zu 79,7 Prozent, die Hilfsarbeiter zu 65,5 Prozent, die Arbeiterinnen zu 53,7 Prozent, die Jugendlichen zu 41,8 Prozent und die Lehrlinge zu 18,9 Prozent organisiert. Auffallend ist das schlechte Organisationsverhältnis der Jugendlichen und insbesondere der Lehrlinge. Die Ursache hierfür ist wohl darin zu suchen, daß die Lehrlinge fast durchweg in den Klein- und Zwergbetrieben lernen, wo der Einfluß der Organisation naturgemäß nur gering ist. Trotzdem aber müssen es sich die Drechslerkollegen recht angelegen sein lassen, für die Organisation der Lehrlinge aller Betriebe zu wirken. Einzelne Branchen weisen auch ein recht schlechtes Verhältnis zur Organisation auf. So sind in der Horn- und Kunsthornbranche nur 33 Prozent der Beschäftigten organisiert, in der Füllhalterbranche sind es 43,3 und in der Bein- und Eisenbeinbranche 47,8 Prozent. Die Pfeifenbranche weist 67,4 Prozent, die Bernsteinbranche 68,4 Prozent, die Holz- und Malabasterbranche je 70 Prozent und die Hartgummibranche 80,8 Prozent Organisierte auf. Diese Ziffern zeigen den Drechslerkollegen deutlich, nach welcher Richtung sie ihre Tätigkeit entfalten müssen. Unter dem starken Einfluß der Organisation haben sich gegen früher ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse erheblich verbessert. Das kommt trotz der andauernden Konjunkturschwankungen der letzten Jahre in den Ergebnissen der vorliegenden statistischen Erhebung überzeugend zum Ausdruck. Manche Verhältnisse könnten weit besser sein, aber schwierig ist es, sie besser zu gestalten, wenn ein nicht geringer Teil der Organisation teilnahmslos entgegensteht. Die kommende bessere Wirtschaftslage wird auch dem gesamten Drechslergewerbe große Aufträge bringen. Mögen dann die Drechsler aller Branchen diese Zeit zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil auszunutzen verstehen — mit Hilfe ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Berband.

Paul Kising.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die neue Reichsregierung.

Am 19. Januar hat sich die Regierung Luther dem Reichstag vorgestellt, nachdem sie im letzten Augenblick vervollständigt worden war. Damit ist eine Regierungsstrife von ungewöhnlich langer Dauer beendet. Ob freilich der neuen Regierung ein langes Leben beschieden sein wird, steht dahin. Die Regierung Luther entspricht nicht dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes, sie wagt es auch nicht, eine Vertrauenserklärung des Reichstages zu verlangen, sondern sie hat ihr Amt angetreten in der Hoffnung, daß sie von der Mehrheit des Reichstages gebildet werden würde.

Die letzte Regierungsstrife begann am 28. August vorigen Jahres, als die Volkspartei den Deutschnationalen Ministerliste versprach, wenn sie die Annahme der Dawes-Gesetze ermöglichen würden. Die Deutschnationalen wurden so gierig nach dem Besitz der Macht, daß sie, die noch eben auf das heftigste gegen die Gesetze gewettert und ihre Ablehnung gewissermaßen als Ehrenpflicht bezeichnet hatten, nun die Hälfte ihrer Fraktionsmitglieder abkommandierten, um für die Dawes-Gesetze zu stimmen und diese zu retten. Als bald präsentierten sie auch die Rechnung für den Verrat an ihren Grundfäden. Der Reichszankler Marx führte lange Verhandlungen, um ein Kabinett zustande zu bringen, das den Wünschen der Rechten entgegenkommt, aber auch die Linke befriedigt. Als sich diese Versuche als vergeblich erwiesen, erfolgte am 20. Oktober die Auflösung des Reichstages.

Die Neuwahl am 7. Dezember brachte den Flügelparteien rechts und links, den Völkischen und den Kommunisten starke Verluste. Den größten Mandatzuwachs erlangten die Sozialdemokraten. Auch die Deutschnationalen erzielten aus dem Zusammenbruch der Völkischen eine kleine Vermehrung ihrer Sitze. Das entscheidende jedoch war, daß die seitherige Außenpolitik der Regierung, die von der Rechten scharf bekämpft wurde, durch den Ausfall der Reichstagswahl die Billigung des Volkes erfahren hatte. Die Konsequenz wäre gewesen, daß die seitherige Regierung im Amt geblieben wäre. Dagegen lehnte sich aber die Volkspartei auf. In ihr ist der alte nationalliberale Geist lebendig. Mit Wollust küssen die Volksparteiler die Stiefel des konservativen Junkers; ihre Sehnsucht ist es, in ein Hörigkeitsverhältnis zu den Deutschnationalen zu treten. Die von diesen auf das schärfste verurteilte Außenpolitik wurde von dem völkischen Führer Stresemann geleitet. Aber er und seine Freunde verlangten die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung, und als ihnen nicht willfahren wurde, sprengten sie das Kabinett Marx.

Nun unternahm es Herr Marx, ein neues Kabinett zu bilden, ein bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag äußerst schwieriges Unternehmen. Der von der Rechten erhobte Bürgerhaß gegen die Sozialdemokraten ist nur möglich, wenn die Demokraten und das Zentrum mitmachen. Die Demokraten lehnten ab, und im Zentrum besteht zwar starke Neigung zum Anschluß nach rechts, aber der Partei drohte die Gefahr der Sprengung, wenn sie dieser Neigung folgte. Der demokratische Flügel im Zentrum unter der Führung des Dr. Wirth ist nämlich für ein solches Experiment nicht zu haben. Eine aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildete Regierung hätte im Reichstag zwar nicht die zahlenmäßige Mehrheit, aber da ihr dazu nur 15 Stimmen fehlen, bestände immerhin die Möglichkeit, daß sich eine solche Regierung behauptet. Der Versuch, sie zu bilden, konnte jedoch nicht unternommen werden, weil das Zentrum eine solche Koalition nicht eingehen will. Und so gab Marx seine Bemühungen, eine Regierung zu bilden, auf.

Mehr Erfolg hatte der seitherige Reichsfinanzminister Luther, der dann auch zum Reichszankler ernannt wurde. Ganz leicht ist es auch ihm nicht gemacht worden, er hat sich manche Absage geholt, aber am 19. Januar konnte er sein Kabinett dem Reichstage vorstellen und dabei ein Programm entwickeln, das darauf berechnet war, allen Parteien etwas zu bieten, aber gerade deshalb nirgends Befriedigung auslöste. Um so weniger, als die Personen, die dem Kabinett

angehören, in vieler Hinsicht und in den entscheidenden Punkten die Worte des Programms Lügen strafen.

Von den seitherigen Ministern gehören dem neuen Kabinett an: Luther als Reichszankler. Er ist ein parteiloser Beamter mit starker Neigung nach rechts. Der völkische Außenminister Stresemann. Der Ernährungsminister Graf Ranig, der, wenn auch ohne fraktionelle Bindung, zu den Deutschnationalen gehört. Der Reichswehrminister Dr. Gessler gehörte früher zu den Demokraten, er hat aber den Austritt aus dieser Partei, der ihm nahegelegt wurde, noch nicht vollzogen. Der dem Zentrum angehörige Arbeitsminister Dr. Brauns hat Wert auf die Feststellung gelegt, daß sein Verbleiben im Kabinett einem ausdrücklichen Wunsche seiner Fraktion entspreche. Zu diesen seitherigen Ministern kommen als neue Männer der Führer der deutschnationalen Fraktion, Schiele, als Minister des Innern. Dem früheren Ministerialdirektor Neuhaus, der aus seinem Amte schied, weil er es nicht über sich bringen konnte, der Republik die Treue zu schwören, ist das Wirtschaftsministerium übertragen. Der zum Finanzminister ernannte Herr v. Schlieben hat es als republikanischer Beamter fertiggebracht, sich zum Ritter des Johanniterordens ernennen zu lassen und dabei einem kaiserlichen Prinzen „stets willigen Gehorsam mit aller Treue und Ehrerbietung“ zu geloben. Durch sein provokatorisches Verhalten bei den Verhandlungen mit den Vertretern der mittleren und unteren Beamten erfreut er sich in diesen Kreisen besonderer „Sympathien“. Der Postminister Stinagl, der dieses Amt schon früher bekleidet hat, wird der Bayerischen Volkspartei zugezählt. Zum Justizminister wurde der wegen hohen Alters pensionierte Oberlandesgerichtspräsident Dr. Franken in Köln, zum Verkehrsminister der Staatssekretär Dr. Rohne ernannt. Zwei Herren, die politisch bisher nicht hervorgetreten, aber rechts orientiert sind.

Das neue Kabinett der Republik ist ein ausgesprochenes Rechtskabinett, in dem die schwarzweißroten Monarchisten dominieren, und in dem die Deutschnationalen den Ton angeben. Auf das Vertrauen des Reichstages reflektiert das neue Kabinett nicht. In der Erwartung, daß das Zentrum die Regierungserklärung „billigt“, hat es sein Amt angetreten, und es wird solange im Amt bleiben, wie es das Zentrum duldet. Dieser Partei ist es in der Rolle, die sie übernommen hat, durchaus nicht wohl. Sie erklärt ihre Haltung mit dem Wunsche, überhaupt eine Regierung zustande zu bringen. Aber die Anhänger des Zentrums im Lande, besonders die Arbeiter im besetzten Rheinland, geben ihrem Mißfallen über diese Lösung deutlich Ausdruck, und auch in der Zentrumsfraktion befindet sich ein, wenn auch wohl nur schwacher Flügel, der aus seinem Mißvergnügen mit dieser Politik kein Hehl macht.

Die Arbeiterschaft hat von diesem Ministerium nichts zu erwarten. Selbst wenn es, wie es versprochen hat, die seitherige Außenpolitik fortsetzen sollte, wird es im Auslande, auf dessen Wohlwollen Deutschland angewiesen ist, nur gesteigertem Mißtrauen begegnen. Und was für eine Innenpolitik von einem deutschnationalen Ministerium zu erwarten ist, braucht im einzelnen nicht ausgemalt zu werden. Die deutschen Arbeiter werden es noch früh genug erfahren. Mehr als je ist jetzt der Aufbau und die Stärkung der Gewerkschaften erforderlich. Der Einfluß der Arbeitervertretung in einem Reichstag, der eine deutschnationale Regierung erträgt, bedarf dringend der Unterstützung von außen. Starke, leistungsfähige Gewerkschaften müssen den Worten ihrer Vertreter im Parlament den erforderlichen Nachdruck geben. Die neue Reichsregierung bedeutet eine Bedrohung der Rechte der Arbeiterschaft. Jetzt gilt es mehr als je, zusammenzustehen zur Wahrung unserer Errungenschaften, zum Kampf für den sozialen Fortschritt. Die monarchistische Regierung bedeutet einen Mafel für die Republik, der so schnell wie möglich beseitigt werden muß.

Inzwischen ist auch in Preußen das Ministerium Braun-Severing zurückgetreten. Bei der entscheidenden Abstimmung am 23. Januar wurde zwar ein

Schaden macht klug. — Eine wahre Geschichte.

Wie es eigentlich selbstverständlich ist, waren die Sägewerksarbeiter der Firma Sch. in D. Mann für Mann im Deutschen Holzarbeiter-Berband organisiert. Der Unternehmer mußte das und zeigte sich den Forderungen des Verbandes stets zugänglich. Wenn mit dem Unternehmerverband Lohnverhandlungen vereinbart wurden, zahlte die Firma ohne weiteres, obwohl sie dem Unternehmerverband nicht angehörte. Wie überall, fanden sich auch hier unter den Kollegen einige Schlaue, die da meinten, wenn sie aus dem Verband austraten würden, werde der Unternehmer trotzdem die für die Sägewerkindustrie vereinbarten Löhne zahlen. Zunächst war es ein Kollege, der keine Verbandsbeiträge mehr zahlte, bald wurden es mehr und mehr, und nach einigen Wochen hatten fast alle Arbeiter ihre Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiter-Berband aufgegeben. Dem Unternehmer blieb das natürlich nicht verborgen, und im stillen freute er sich sehr.

Das war um die Zeit, wo die Wirtschaftslage von Tag zu Tag ungünstiger wurde. Viele Betriebe wurden eingestrichelt, andere auch ganz geschlossen. Die Zahl der Arbeiter und Arbeitslosen wurde immer größer. Die Arbeiter befanden sich in einer furchtbaren Notlage. Die Unternehmer nutzten die Zeit, um den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen. Sie verlangten Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der schon viel zu niedrigen Löhne. Die Arbeiter waren über die Unternehmerforderungen mit Recht erbittert. Obwohl die Gewerkschaften alles taten, was zur Zeit getan werden konnte, wurden sie von der kommunistischen Partei des Rates geziehen. Nur der Generalstreik sollte das Allheilmittel sein.

Viele Arbeiter, durch die Not zur Verzweiflung gebracht, glaubten das auch, und bald kam es in einigen Sägewerken zum Generalstreik. Um nun auch die anderen Betriebe zum Stillstand zu bringen, wurden die Arbeiter mit Gewalt herausgeholt. Unter den Arbeitern, die sich aus Solidarität während dem Streik angeschlossen, befanden sich auch die Sägewerksarbeiter der Firma Sch. Der Hinweis der dem Verbande treugebliebenen Kollegen, daß der Unternehmer noch keine Verschlechterung der

Arbeitsbedingungen verlangt habe, mithin kein Streikgrund vorhanden sei, blieb unbeachtet.

Nach wenigen Tagen brach der „Generalstreik“ zusammen. Die Arbeiter, die der kommunistischen Partei gefolgt waren, erlitten eine schwere Niederlage. Jetzt triumphierten die Unternehmer. Auch die Firma Sch. ging nun an die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Sie stellte nur die Arbeiter wieder ein, die bereit waren, täglich zehn Stunden zu arbeiten. Unsere Verbandskollegen lehnten das ab, während die anderen, voran die Generalstreikrücker, sich der Unternehmerforderung fügten. Sie wurden wiederingestellt, die „Reformisten“ blieben auf der Straße.

Was die Sägewerksarbeiter in den nächsten Tagen und Wochen gedacht haben, können wir nur raten. Wahrscheinlich haben sie oft Vergleiche angestellt über die Zustände im Betrieb, wie sie früher waren und wie sie jetzt sind. Wohl „Parten“ sie jetzt den Verbandsbeitrag, dafür mußten sie aber länger und billiger arbeiten. Was Wunder, daß manchen Kollegen der Gedanke kam, wieder Verbandsmitglied zu werden. Die anderen rieten davon ab, sie schimpften auf die Gewerkschaften, ziehen sie des Arbeiterverrats. Aber sie drangen mit ihren „revolutionären“ Reden nicht mehr durch. Die Arbeiter lernten wieder zwischen Worten und Taten zu unterscheiden.

Unser Verband hielt bald darauf eine öffentliche Holzarbeiterversammlung ab. Sie war gut besucht, auch die Sägewerksarbeiter waren anwesend. Nach dem Vortrag über den Deutschen Holzarbeiter-Berband und seine Aufgaben traten ein paar „Revolutionäre“ auf, die vom „Vertrat der Gewerkschaften“ und ähnlichen kommunistischen Verleumdungen redeten. Ihnen iraten andere Kollegen entgegen, die in beredten Worten nachwiesen, daß früher, wo alle dem Verband angehörten, viel bessere Verhältnisse in den Betrieben geherrscht haben. Der Achtstundentag wurde hochgehalten und der Arbeitslohn war vertraglich geregelt. Jetzt aber herrscht der Unternehmer, und die Arbeiter müssen sich fügen, weil sie nicht mehr organisiert sind. Wir müssen wieder in den Verband hinein, dann wird es auch wieder vorwärts gehen.

Die so sprachen, waren Sägewerksarbeiter der Firma Sch. Auf Vorschlag des Verbandsvertreters kamen sie nach Schluß der Versammlung zusammen, und hier erklärten sich alle bereit, dem Verband wieder beizutreten. Jetzt erst erfuhr man so recht, was den Kollegen das „Sparen des Verbandsbeitrages“ eingebracht hatte. Während sie nach dem Bezirkslohnabkommen für die Sägewerkindustrie 58 Pf. Stundenlohn haben mußten, zahlte der Unternehmer höchstens 42 Pf. Pro Stunde macht das 18 Pf. oder 7,68 Mk. pro Woche Verlust. Bei vielen Arbeitern war der Verlust noch größer. Wahrscheinlich ein gutes Geschäft, aber nicht für die Arbeiter, sondern für den Unternehmer.

Nach einigen Wochen wurden dem Unternehmer Forderungen unterbreitet. Bei den mit der Arbeiterschaft gemachten Erfahrungen war es wirklich nicht verwunderlich, wenn der Unternehmer zunächst gar nicht antwortete. Er vermutete wohl, daß die Arbeiter noch nicht wieder organisiert sind, aber wenn das auch der Fall sein sollte, daß sie doch bald wieder umfallen. Das war freilich eine falsche Rechnung. Alle Kollegen waren durch Schaden klug geworden. Der Unternehmer versuchte, mit den einzelnen Arbeitern zu verhandeln. Er war bereit, 52 Pf. Höchstlohn zu zahlen. Darauf ließen sich die Kollegen nicht ein, sie bestanden auf Verhandlungen mit dem Verband.

Diese feste Haltung der Kollegen brachte dem Unternehmer die Gewißheit, daß alle dem Verband angehörten und fest bei der Stange blieben. Nun sah er ein, daß er wieder mit dem Deutschen Holzarbeiter-Berband verhandeln muß. Und so geschah es auch. Der Unternehmer erkannte den Bezirksstarifvertrag an. Im Betrieb herrschen nun wieder geordnete Verhältnisse.

Nun die Lehre von der Geschichte: Wer den Verbandsbeitrag „spart“, spart in die Tasche des Unternehmers. Wer den Verbandsbeitrag nicht spart, sondern ihn jede Woche pünktlich zahlt, ist der Gewinner.

Unsere Sägewerksarbeiter, von denen diese Geschichte erzählt, haben das nun eingesehen. Mögen alle Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen daraus sofort die richtige Lehre ziehen und nicht erst warten, bis auch sie der Schaden klug macht.

R. W.

Mißtrauensvotum mit Stimmgleichheit abgelehnt, aber diese und die weiteren Abstimmungen dieses Tages zeigten, daß die Stütze der Regierung so schwach ist, daß diese es vorzog, ihr Mandat niederzulegen. Komme im Reich die Bildung einer Rechtsregierung nur im Vertrauen auf die Haltung der kommunistischen Partei unternommen werden, so war in Preußen der Sturz der Linksregierung nur möglich durch die positive und hervorragende Beteiligung der Kommunisten. Die Herrschaft in Preußen ist die starke Sehnsucht der Reaktion schon lange gewesen. Die Kommunisten können sich rühmen, den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse den Weg zur Macht geebnet zu haben. Die Bildung einer neuen Regierung in Preußen erscheint fast noch schwieriger als das Zustandekommen der Reichsregierung. Bisher bildete die Regierung in Preußen ein starkes Gegengewicht gegen die reaktionären Bestrebungen im Reich; sollte es gelingen, eine preußische Regierung nach dem Vorbild der Reichsregierung zustande zu bringen, dann wird die Arbeiterschaft die Folgen schmerzlich zu fühlen bekommen. Die kommunistische Partei aber hat die Genugtuung, die Ruten gebunden zu haben, mit der die Arbeiterschaft geächtigt wird. Vermutlich werden die nächsten Tage etwas Licht in das zurzeit herrschende Chaos bringen.

Die Arbeitszeit in der Schwerindustrie.

Das neue Reichskabinett hat der Beseitigung des Zwölftundentages in der Schwerindustrie zugestimmt. Dieser Beschluß war nicht zu vermeiden, denn der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte sich so dafür engagiert, daß er notwendig die Konsequenzen hätte ziehen müssen, wenn er im Stich gelassen worden wäre. Der Bericht auf Dr. Brauns war jedoch für das in der Bildung begriffene Kabinett nicht tragbar. Immerhin hat man doch etwas abgeknappst. Statt am 1. März, wie der Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen hatte, braucht das Dreischichtensystem erst am 1. April eingeführt zu werden. Die Vorschrift ist nun als Verordnung über die Arbeitszeit in Kokereten und Hochofenwerken, vom 20. Januar 1925 verordnet. Die Verordnung gestattet übrigens den obersten Landesbehörden mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers, den Zeitpunkt des Inkrafttretens hinauszuschieben, sofern infolge besonderer Umstände in einem Teil des Reichsgebiets die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten am 1. April ohne schwere Gefährdung der bezeichneten Gewerbebezweige nicht gestattet.

Heimarbeitsausstellung.

Im Mai findet in Berlin eine Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit statt. Ähnliche Ausstellungen wurden bereits in den Jahren 1904, 1906 und 1908 veranstaltet. Wie diese, soll auch die neue Heimarbeitsausstellung die große Öffentlichkeit, Behörden und Regierungen auf die Zustände in der Heimarbeit und ihre Gefahren für die Gesellschaft aufmerksam machen. Die früheren Veranstaltungen boten den Besuchern ein erschütterndes Bild von dem Elend der Heimarbeiter und ihrer Familien. Inzwischen sind viele Jahre vergangen, in manchen Heimarbeiterbezirken sieht es heute besser aus. Große Teile der Heimarbeiter haben sich den Gewerkschaften angeschlossen, und mit ihrer Hilfe wurden die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert. Das gilt vor allem für die Heimarbeit in der Holzindustrie. Aber auch hier herrschen im allgemeinen noch schreiende Mißstände, die beseitigt werden müssen. Diesem Zweck dient die Heimarbeitsausstellung.

Die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen der „Gesellschaft für soziale Reformen“. Die eigentlichen Träger aber sind die Gewerkschaften, und zwar die aller Richtungen. Sie haben das Ausstellungsmaterial zu beschaffen, die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der Heimarbeiter festzustellen. Unser Verband ist wie an den früheren so auch an der neuen Ausstellung hervorragend beteiligt. Die in Frage kommenden Verwaltungsstellen sind aufgefordert worden, das erforderliche Material zu sammeln. Es ist zu hoffen, daß sie das mit dem nötigen Eifer und Ernst tun, denn es handelt sich um eine wichtige Angelegenheit.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 5. Wochenbeitrag für die Woche vom 25. Januar bis 31. Januar fällig geworden.

Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Fördert unsere Jugendarbeit!

An unsere älteren Kollegen wenden wir uns mit der Aufforderung, unsere Arbeit, die wir für die heranwachsende Generation leisten, zu stützen. Nicht überall können wir Verständnis für die Notwendigkeit und Wichtigkeit unserer Jugendarbeit feststellen. Das ist eine betrübliche Erscheinung, die wir heute mehr als früher auf die tatkräftige Unterstützung unserer erwachsenen Kollegenschaft angewiesen sind. Wer in unserem Verbands mehr sieht als eine Lohnbewegungsmaschine, der müßte sich verpflichtet fühlen, mit aller Kraft für die Heranziehung und Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses einzutreten. Es gilt für die Zukunft zu arbeiten. Jeder ist nicht in der Lage, sich für die Leitung der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, weil er weiß, daß ihm die Voraussetzung, die Eignung fehlt. Aber die Arbeit zu stützen und sie zu fördern, dazu ist jeder Kollege, jede Kollegin in der Lage, wenn der gute Wille und die Erkenntnis vorhanden sind. Wer aber die Fähigkeit hat, mit der Jugend umzugehen, der sollte sich dem Verbands für die Leitung der Jugendarbeit zur Verfügung stellen.

Wir können beobachten, daß sich gerade in der gegenwärtigen Zeit nach den Ereignissen der letzten Jahre der Kampf auf wirtschaftlichem und weltanschaulichem Gebiete immer in verstärkter Weise abspielt. Die Gegensätze prallen heftig aufeinander, und die Bewegung wird stetig den Kampf befeuern, die die nötige Kraft aufzubringen vermag.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir zunächst für unsere wirtschaftlichen Interessen kämpfen müssen; aber es darf nicht verkannt werden, daß wir weit darüber hinaus streben müssen, die wir auf Grund unserer Weltanschauung sehen. Ein fester und unerschütterlicher Glaube an unsere gute Sache muß jedem einzelnen, der in unserer Bewegung

wirkt, innewohnen, sonst besteht die Gefahr, daß er bei dem ersten besten Rückschlag kleinmütig verzagt. Gerade unsere Jugend begeistert sich für diese letzten Ziele. Sie ist unverbraucht und hat noch starken Glauben. Dieser muß gepflegt und gepflegt werden. Das ist ein hohes Ziel unserer Jugendarbeit. Durch unsere Veranstaltungen, durch Pflege der Solidarität, des Gemeinschaftsfinnes versuchen wir, für dieses Ziel zu wirken. Was in den Kreisen unserer Jugendlichen gedacht und gefühlt wird, steht häufig mit den Gedanken der Älteren im Widerspruch. Es kann auch gar nicht anders sein. Der Jugendliche ist erst auf der Suche nach einem abgerundeten Weltbild, und vieles, was er von sich gibt, entspricht dieser Zeit; es ist unfertig. Die Aufgabe der Älteren ist es, der Jugend unter die Arme zu greifen, zu helfen und sie zu fördern. Nicht im Sinne des Schulmeisters, sondern im Sinne des Kameraden und Freundes. Es ergeht erneut der Ruf an alle, die guten Willens sind, zur tätigen Mitarbeit in unserer Jugendbewegung. Hoffen wir, daß dieser Ruf überall aufnahmebereite Herzen findet. R. L.

Korrespondenzen.

Sisleben. Unsere Verwaltungsverwaltung konnte im verfloffenen Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1889 wurde sie mit 18 Mitgliedern ins Leben gerufen. Diese Zahl hat sich während des Krieges, als die Geschloßfabrikation in höchster Blüte stand, auf 1200 gesteigert. Normalerweise bewegt sich die Mitgliederzahl zwischen 70 und 100, und sie beträgt jetzt 80. Zu unserer Verwaltungsverwaltung gehörten auch die Betriebe in Helbra, die aber dank der kommunistischen Agitation wieder verlorengegangen sind. Im Laufe ihres Bestehens hat die Verwaltungsverwaltung eine Reihe von Lohnkämpfen zu führen gehabt, aber auch der Kampf um ein Versammlungslokal spielte eine erhebliche Rolle. Nicht weniger als achtmal mußte das Lokal gewechselt werden, bis wir vor vier Jahren das Arbeiterheim beziehen konnten. Der Besuch der Versammlungen hätte im abgelaufenen Jahre besser sein können. Eine Lohnbewegung konnte erfolgreich durchgeführt werden. Auch die Ferien wurden den Kollegen gesichert. Schwierigkeiten gibt es in dieser Hinsicht nur bei der Korbfirmen Busch. Wenn man diesem Unternehmer glauben will, dann hat er bei der gewinnbringenden Geschloßfabrikation im Kriege Geld zugelegt, deshalb macht er bei der Feringewährung allerlei Schwierigkeiten. Den Arbeitern, die mit der Arbeit nicht recht fortkommen, droht er statt der Ferien Entlassung an. Das sind aber gerade die Leute, die bei ihm gelernt haben. Als Lehrwerkstatt ist also der Betrieb besonders empfehlenswert. Im ganzen genommen kann die Verwaltungsverwaltung mit Befriedigung auf ihre Tätigkeit in den letzten 25 Jahren zurückblicken. Unter Zurückstellung alles dessen, was die Einigkeit stört, wollen wir weiterarbeiten für den Ausbau unseres Verbandes, zum Wohle der Kollegenschaft.

Halle (Saale). Die Firma Rathe sucht wieder in auswärtigen Zeitungen Kastenmacher und Helfer. Es sei darauf hingewiesen, daß die Akkorde so niedrig angesetzt sind, daß Kastenmacher es nur auf 83 Pf., Helfer auf 52 Pf. bringen. Die Firma kann also nicht empfohlen werden. Jedenfalls sollte kein Stellmacher nach Halle kommen, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung erkundigt zu haben.

Meiningen. In der Jahresgeneralversammlung unserer Verwaltungsverwaltung, die einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen hatte, gab Kollege Winkler einen anschaulichen Rückblick auf das an Kämpfen so reiche Jahr 1924. Die örtliche Organisation ist im letzten Vierteljahr erfreulicherweise vorwärtsgewandert. Neben 20 Prozent Mitgliederzunahme konnte der Kassierer in seinem Bericht über eine 30prozentige Mehreinnahme berichten. Die durch die Inflation und schwere Wirtschaftskrise des letzten Sommers, durch welche mehr als 50 Prozent aller Mitglieder arbeitslos waren, eingetretene Interesselosigkeit und Verbandsverdrissenheit ist wieder völlig weggemacht. Wohltuend empfinden die Mitglieder die nunmehr wieder in Kraft getretenen sozialen Unterstützungen des Verbandes, durch welche ihnen wieder der erforderliche Schutz und Hilfe in allen Lebenslagen gewährt werden kann. Sämtliche Wahlen zur Ortsverwaltung, der Kartelldelegierten und sonstiger Funktionäre erfolgten einstimmig. Das ist ein erfreuliches Zeichen von der Einigkeit der Meiningener Kollegen.

Unsere Lohnbewegung.

Im Landesbezirk Provinz Brandenburg ist es zu ernstesten Differenzen gekommen. Die Arbeitseinstellung in Finsterwalde, die wir in der vorigen Nummer registrierten, erstreckte sich auf zwei Betriebe. Sie war dadurch verursacht, daß alle Bemühungen, zu einem Lohnabkommen für den Bezirk zu gelangen, daran scheiterten, daß die Unternehmer jede Erhöhung der völlig unzulänglichen Löhne ablehnten. Diese Bewegung hat inzwischen einen größeren Umfang angenommen. In einigen weiteren Orten kam es zur Arbeitseinstellung, und der vom Arbeitgeberverband gefasste Aussperrungsbefehl ist von einem Teil der Unternehmer befolgt worden. Im Kampfe stehen, zum Teil nur in einzelnen Betrieben, die Kollegen in Finsterwalde, Landsberg, Forst, Spremberg, Kottbus, Rathenow, Sorau, Lübbenau, Sommerfeld, Berlinchen, Angermünde, Luckenwalde. — Inzwischen haben die Unternehmer den Schlichter angerufen, der das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigte. Nach dem am 23. Januar gefällten Schiedsspruch soll der Spitzenlohn in Ortsklasse II 60 Pf. betragen und am 16. April auf 82 Pf. steigen. Das soll bis zum 15. Juni gelten. Unsere Kollegen haben diesen Spruch selbstverständlich abgelehnt.

Für den Landesbezirk Hessen und südliches Hessen-Nassau wurde am 19. Januar in Frankfurt a. M. über den Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages verhandelt. Der auf der üblichen Grundlage abgeschlossene Vertrag gilt für den ganzen Bezirk in seinem früheren Umfang. Von der Absicht, den nördlichen Teil des Bezirks abzutrennen, ist also Abstand genommen worden. Während der Mantelvertrag endgültig abgeschlossen und unterzeichnet ist, gelang es nicht, über ein Lohnabkommen eine Verständigung zu erzielen, so daß sich daraus wahrscheinlich noch Weiterungen ergeben dürften.

Für den Landesbezirk Rheinpfalz wurde am 18. Dezember 1924 ein Lohnabkommen getroffen, durch welches die Löhne mit Wirkung vom 15. Dezember 1924 um durchschnittlich 12 Prozent erhöht werden. Dieses Abkommen wurde jedoch

bisher nicht in Kraft gesetzt, weil sich unsere Kollegen weigerten, dem Verlangen der Unternehmer auf Ausdehnung der Arbeitszeit auf 54 Stunden Folge zu leisten. Am 20. Januar fanden neuerdings in Neustadt a. d. S. Verhandlungen statt, die zur Verständigung über den Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages auf der üblichen Grundlage führten. Hierbei wurde auch festgestellt, daß die Lohnvereinbarung vom 18. Dezember 1924 rückwirkend vom 15. Dezember 1924 in Kraft gesetzt wird, was eine nicht unerhebliche Nachzahlung bedeutet. Die Durchschnittslöhne betragen in den drei Ortsklassen 69, 65 und 61 Pf.

Für den Landesbezirk Sachsen-Anhalt wurde am 19. Januar ein Abkommen getroffen, nach welchem die Löhne ab 23. Januar um 3 Pf., ab 20. Februar um weitere 4 Pf. erhöht werden. Von da an beträgt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen II bis IV 72, 69 und 66 Pf.

In dem Kampfe der Sägearbeiter in Thüringen ist infolgedessen eine Wendung eingetreten, als das Tarifamt am 19. Januar einen Schiedsspruch in der Lohnfrage fällte. Hiernach soll der Spitzenlohn bis zum 22. Januar 53 Pf. betragen, von da an 55 Pf. und ab 1. März 56 Pf. Von einer Verständigung auf dieser Grundlage wäre aber die Firma Ritsch u. Söhne in Wehren infolgedessen ausgeschlossen, als die Firma auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeiter entlassen sind, und sie in der Neueinstellung von Arbeitern frei sei. Die Erklärung der Parteien zu dem Schiedsspruch liegt noch nicht vor.

Für das Sägewerke im nördlichen Westfalen wurde ein Lohnabkommen getroffen, welches den Spitzenlohn vom 15. Januar an in den vier Ortsklassen auf 50, 47,5, 45 und 42,5 Pf. festsetzt.

In Eisenberg stehen die Arbeiter in den Etufabriken im Kampf zur Abwehr eines zehnprozentigen Lohnabzuges. An diesem Streit sind auch eine größere Zahl Holzarbeiter beteiligt. Am 16. Januar haben die Kollegen im Sägewerke Manig die Arbeit eingestellt.

Für die Weitschneidfabriken in Aglasterhausen und Unterschwarzach wurde eine Vereinbarung getroffen, welche den Lohn der Facharbeiter ab 12. Januar auf 52 Pf., ab 9. März auf 54 Pf. festsetzt.

In Saarbrücken stehen die Modelltischler in einigen Maschinenfabriken seit dem 15. Januar im Streit, um ein unerträgliches Lohnsystem zu beseitigen. Während in den reinen Modellbauanstalten die Modelltischler einen Stundenlohn von 3,50 Fr. haben, beträgt der Grundlohn in den Maschinenfabriken 2 Fr., wozu Akkorde- und Produktionszulagen kommen. Diese Zulagen sind in ihrer Höhe sehr unterschiedlich und werden nach Gusto gewährt. Ein Unrecht liegt auch in der Kalkulation der Akkorde nach Stunden, so daß ein Jungeselle mit 1,30 Fr. für einen auf 50 Stunden kalkulierten Akkord 65 Fr. erhält, während die gleiche Arbeit dem andern, der 2 Fr. Lohn hat, mit 100 Fr. bezahlt wird. Es wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Aus der Holzindustrie.

Lehrlingsausbildung im Bildhauerberuf.

Im Allgemeinen Deutschen Bildhauerbund, der Organisation der selbständigen Unternehmer im Bildhauerberuf, findet man ein anerkanntes Streben zur Hebung der Ausbildung des Nachwuchses. Es wäre übrigens unrecht, ein solches Streben bei den Organisationen der Unternehmer anderer Berufe, so etwa bei den bedeutenderen Tischlerinnungen bestreiten zu wollen. Allerdings wird man hier Unterschiede machen müssen. Neben Tischlerinnungen, die großen Wert auf eine gründliche Lehrlingsausbildung legen, gibt es andere, die in dieser Hinsicht gleichgültiger sind. Noch größer sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Innungsmitgliedern. Während manche den höchsten Fleiß darauf verwenden, ihre Lehrlinge möglichst berufstüchtig zu machen, gibt es andere, die in dem Lehrling nur das billige Ausbeutungsobjekt sehen.

Die Hindernisse, die bisher ein verständiges und planmäßiges Zusammenwirken zwischen den maßgebenden Innungsorganen und den Gewerkschaften in der Regelung des Lehrlingswesens unmöglich gemacht haben, liegen nicht darin, daß von beiden Seiten verschiedene Ziele angestrebt werden. Die Beratungen über die Schaffung einer Lehrlingsordnung für das Tischlergewerbe haben gezeigt, daß hinsichtlich des Sollens ziemlich weitgehende Übereinstimmung herrschte; die Verhandlungen sind hauptsächlich daran gescheitert, daß eine rückständige Gesetzgebung den Innungen Vorrechte gibt, an welchen deren Vertreter mit großer Fähigkeit hängen, die aber ein verständiges und gleichberechtigtes Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften unmöglich machen.

Die Unsinngkeit der Innungsgesetzgebung erkennen auch die eifrigsten Zünftler an, allerdings bezieht sich diese Anerkennung nur auf einzelne Bestimmungen, deren Widerspruch offenbar ist. Hierzu gehört der § 129a der Gewerbeordnung, der demjenigen, der die Meisterprüfung abgelegt hat, gestattet, Lehrlinge anzustellen nicht nur in dem Zweig des Gewerbes, in dem er die Meisterprüfung bestanden hat, sondern auch in den übrigen Zweigen dieses Gewerbes und in verwandten Gewerben. Aus dieser Bestimmung, die schon bei ihrem Erlaß unsinnig war und mit der fortschreitenden Technik immer unsinniger wird, entwickeln sich notwendig Streitigkeiten, die wohl vielfach im engeren Kreise geschlichtet werden, aber größere Wellen werfen, wenn ein rechthaberischer Diakopf daran beteiligt ist, der durchaus seinen Willen durchsetzen will und sich dazu auf ein noch geltendes Gesetz berufen kann. Solche in der Öffentlichkeit ausgefochtenen Kämpfe erinnern an die Richtigkeiten, die vor Zeiten oft Gegenstand langwieriger Prozesse waren, welche von den beteiligten Zünften jahrzehntlang geführt und vor die höchsten Instanzen gebracht wurden. Was damals mit größtem Ernst behandelt wurde, erregt heute nur ein Lächeln, und der Versuch, sich ein Stück Mittelalter zu beleben, zieht notwendig den Spott des unbeteiligten Zuschauers auf sich. So haben auch wir in Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Streit über die wichtige Frage behandelt, ob Tischler und Bildhauer verwandte Gewerbe seien.

Das wird uns von der Organisation der Bildhauermeister krummgenommen. In der „Deutschen Bildhauer-Zeitung“ gibt Herr Raska, ein Vorstandsmitglied des Bildhauerbundes, seinem Mißfallen Ausdruck. Er meint, durch unsere Behandlung der Angelegenheit sollten die Bestrebungen des Bildhauerbundes, Besserung in der Ausbildung des Nachwuchses zu schaffen, in den Augen der Gehilfen diskreditiert werden. Herr Raska hat aus unserer Notiz etwas herausgelesen, was nicht

darin steht. Bekanntlich rührt der Streit daher, daß der Obermeister Paeth von der Berliner Tischlerinnung seine Kollegen aufgefordert hat, mehr Bildhauerlehrlinge einzustellen. Gegen diesen Aufruf hat der Bildhauerbund Einspruch erhoben. Wir wollen gar nicht bestreiten, daß dieser Einspruch von dem Bestreben diktiert war, den Bildhauerlehrlingen eine gute Ausbildung zu sichern. Ein Urteil darüber abzugeben, ob die Ausbildung in der Werkstatt des selbständigen Bildhauers oder in der Bildhauerwerkstatt der Möbelfabrik besser ist, lehnen wir aber ab, es kommt auf den Einzelfall an. Wir stellen aber mit Bestimmtheit fest, daß Herr Raffka mit den Anforderungen, die wir an einen Lehrmeister stellen, durchaus übereinstimmt. Er sagt, daß der Bildhauerbund das gleiche erstrebe, was wir in dem folgenden Satz umschrieben haben: „Wer in seinem Beruf etwas leisten kann, über das erforderliche pädagogische Geschick verfügt und einem Betriebe vorsteht, der vermöge seiner Einrichtung und der Arbeiten, die in ihm hergestellt werden, zur Lehrlingsausbildung geeignet ist, soll auch berechtigt sein, Lehrlinge zu halten.“

Damit rückt Herr Raffka mit ihm auch wohl der Bildhauerbund von den zünftlerischen Bestrebungen ab, die die Ablegung einer Meisterprüfung als die wichtigste Voraussetzung für das Recht der Lehrlingshaltung betrachten, obwohl diese Prüfung für die Eignung zur Ausbildung von Lehrlingen nichts bezeugt. Wenn der Bildhauerbund auf diesem Standpunkt steht, dann müßte es auch leicht möglich sein, eine Verständigung mit der Organisation der Gehilfen über eine gemeinsame Förderung des Lehrlingswesens herbeizuführen, an der die Unternehmer und die Arbeiter in gleicher Weise interessiert sind.

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaftliche Frauenzeitung.

Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Gewerkchaftliche Frauenzeitung“ ist wieder erschienen. Sie war ein Opfer der Inflation geworden. Als diese im Herbst 1923 ihren Höhepunkt erreicht hatte, und die Herstellung von Drucksachen unerschwingliche Kosten verursachte, da mußten auch die von den Gewerkschaften herausgegebenen Zeitschriften auf das geringste Maß reduziert werden; manche sind in dieser Zeit ganz verschwunden. Zu ihnen gehörte die „Gewerkchaftliche Frauenzeitung“. Ihr Fehlen bedeutete eine empfindliche Lücke in der Gewerkschaftsliteratur. Die Neuausgabe des Blattes nach einer Unterbrechung von 14 Monaten ist lebhaft zu begrüßen.

In immer größerem Maße sind die Frauen gezwungen, sich der Erwerbsarbeit zu widmen. Immer weitere Gebiete werden der Frauenerwerbsarbeit erschlossen. Die Hoffnung, mit der manches junge Mädchen in das Erwerbsleben tritt, daß diese Tätigkeit mit der Ehe ihr Ende findet, wird nur zu oft enttäuscht. Die gewerbliche Frauenarbeit ist zu einem wichtigen Faktor in unserem Wirtschaftsleben geworden.

worden, und damit erwächst den Gewerkschaften die Aufgabe, einen größeren Nachdruck auf die Erziehung und Aufklärung der Frauen zu legen. Die Frauen sind als politisch gleichberechtigt anerkannt, sie können in dem gleichen Maße wie die Männer das staatliche Leben beeinflussen, sie müssen nun danach streben, auch im Wirtschaftsleben nicht nur als willenlose Objekte behandelt zu werden.

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist in erfreulichem Wachstum begriffen, in manchen Verbänden überstieg sie bereits die der männlichen. Aber mit der Mitgliedschaft, die sich auf die Leistung des Beitrages und gegebenen Falles die Inanspruchnahme der Unterstützung beschränkt, ist es nicht getan. Die Frauen müssen auch zu bewußten, aktiven Gewerkschaftlern erzogen werden. Dieser gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit dienen in erster Linie die Gewerkschaftsblätter. Bei der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit an den Arbeiterinnen muß aber auch auf die besonderen Eigenarten der Frau Rücksicht genommen werden. Nicht nur auf die Eigenart, die durch das Geschlecht bedingt ist, sondern auch auf die Tatsache, daß die aktive Teilnahme an dem Klassenkampf der Arbeiter für die Masse der Arbeiterinnen etwas verhältnismäßig Neues ist. Gar manche Probleme betrachtet die Frau, zumal wenn sie neben ihrer Erwerbsarbeit noch den Hausstand zu versorgen hat, unter einem anderen Gesichtswinkel als der Mann. Unter Berücksichtigung all dieser Momente die Frauen zu aktiver Betätigung an der Gewerkschaftsarbeit heranzuziehen und sie darin zu festigen, das ist die Aufgabe, der die „Gewerkchaftliche Frauenzeitung“ früher gedient hat, und der sie nun wieder dienen wird. Da ein solches Blatt einem tatsächlichen Bedürfnis der Gewerkschaftsbewegung entspricht, begrüßen wir das Wiedererscheinen der „Gewerkchaftlichen Frauenzeitung“.

Die „Gewerkchaftliche Frauenzeitung“ steht auch den weiblichen Mitgliedern unseres Verbandes zur Verfügung, über die Bezugsbedingungen ist den Ortsverwaltungen Mitteilung zugegangen. Es ist zu wünschen, daß die Kolleginnen von der Möglichkeit, das Blatt zu beziehen, um so reichlicher Gebrauch machen, als unser „Holzarbeiter-Frauenblatt“, das gleichfalls ein Opfer der Inflation geworden ist, vorerst nicht wieder erscheint. Die Aufgabe, der unser „Frauenblatt“ dienen sollte, wird von der „Gewerkchaftlichen Frauenzeitung“ mit erfüllt, und es kann zunächst abgewartet werden, ob sich die Notwendigkeit herausstellt, die besonderen Fragen, welche die Arbeiterinnen in der Holzindustrie betreffen, in einem eigenen Blatt zu behandeln.

Revolutionäre Klassenkämpfer.

Die Kommunistische Partei heißt die Gewerkschaften Streikbrecherorganisationen. Um sie zu Kampfortorganisationen nach kommunistischen Begriffen umzuwandeln, werden die Anhänger aufgefordert, in den Gewerkschaften revolutionäre Arbeit zu leisten. Sie sollen die Verbands-

leitungen befehlen, Kämpfe auf Kämpfe organisieren und sich an die Spitze der Streiks stellen. Wenn der Kampf entbrannt ist, dann erhalten die Funktionäre den Geheimbefehl, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen und den Reformisten die Führung zu überlassen, damit die Unternehmerrache diese trifft. Wie die kommunistische Partei arbeitet, dafür ein Beispiel aus der letzten Landarbeiterbewegung in Ostpreußen. Nachdem 20 000 Landarbeiter im Streik standen, gaben die Kommunisten folgende Parole heraus:

Die KPD. beteiligt sich am Streik nur indirekt. Die kommunistischen Funktionäre sollen versuchen, die örtlichen Streikleitungen in sozialistische Hände zu schieben, damit bei der Maßregelung nicht die KPD-Funktionäre, sondern die Sozialdemokraten gemäßigter werden. Hierdurch verliert die SPD in ländlichen Ortschaften, wird dadurch geschwächt und ausgerottet, während die KPD. ihre Funktionäre erhält. Der Streik ist wohl insgeheim zu führen, aber unter keinen Umständen dürfen die kommunistischen Funktionäre sich vorschreiben.

Dieses Dokument zeigt so recht, was von den „revolutionären Klassenkämpfern“ zu halten ist. Wenn es gilt, seinen Mann zu stehen, ziehen sie sich zurück, um der Maßregelung zu entgehen. Bewußt und planmäßig wird darauf hingearbeitet, daß die Gewerkschafter und Sozialdemokraten auf die Straße fliegen. So will es das Parteinteresse der Kommunisten. Das Schicksal der Streikenden ist ihnen vollkommen gleichgültig.

Ein neuer Buchdruckertarif.

Nach längeren Verhandlungen haben sich die Vertreter des Buchdruckergewerbes am 19. Januar über eine neue Fassung des Manteltarifs geeinigt. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit und über die Überstunden sind geändert und die Zuschläge zum Teil erhöht worden. Die Lohnunterschiede zwischen Bedienen und Verheirateten sind beseitigt. Die Zuschläge für Maschinenfahrer und für Korrektoren sowie das Kostgeld der Lehrlinge sind erhöht. Die Tariflöhne werden ab 28. Februar um 2 Mk. erhöht. Der neue Tarif tritt am 31. Januar in Kraft, vorbehaltlich des Ergebnisses der Urabstimmung im Buchdrucker-Verband, die am 10. Februar vorgenommen wird. Der Tarifvertrag soll bis zum 28. Februar 1926 gelten; das Lohnabkommen ist bis zum 29. Mai 1925 befristet.

Briefkasten.

Das Inhaltsverzeichnis der „Holzarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1924 ist erschienen und wird für die größeren Verwaltungen mit der heutigen Zeitung zugesandt. Weiteren Bedarf bitten wir bei unserer Expedition zu bestellen.

Bezirksbeamter für Ravensburg gesucht.

Für den Bezirk Ravensburg (Sanctingari) wird zum baldigen Antritt ein Bezirksbeamter mit dem Sitz in Ravensburg gesucht. Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Diese müssen längere Zeit praktische Erfahrung im Verbandesleben gesammelt haben und die Fähigkeiten zu agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit und zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern besitzen. Bewerber müssen im Raffereisen gewandt sein, wie dies zur Ausführung der Abrechnungen der Betriebsstellen und zur Revision des Rollenwesens selbst erforderlich ist. In dem Bewerbungsverfahren sind das Alter und die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben. Außerdem ist ein selbstgeschriebener (handgeschrieben) Aufsatz über die Aufgaben eines Bezirksbeamten beizulegen. Die Höhe des Gehalts richtet sich nach den Sätzen, die vom Verbandsvorstand im Rahmen der Verbandsstatuten festgelegt werden. Im Anbittgen erfolgt die Anstellung nach den Anstellungsbedingungen des Verbandes. Die Bewerbungen sind bis zum 10. Februar an den Gauvorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Ignaz Götzfried, Stuttgart, Holzstraße 16, II, einzureichen.

Tüchtige Möbelschreiner

für polierte Arbeiten zum sofortigen Eintritt gesucht. Es sollen sich nur solche melden, die eine längere Tätigkeit in erhaltenden Betrieben nachweisen können. Sattler & Co., Kunstgewerbliche Möbelfabrik, Godesberg am Rhein.

Wir suchen sofort für dauernde Beschäftigung einen tüchtigen **Beizer und Polierer**, in dem modernen Beizerfahren durchaus bewandert ist. Kiedlerburg, Möbelfabrik, Dömitz an der Elbe.

Beizer, gelernter Schreiner, in allen modernen Beizerverfahren durchaus bewandert, findet dauernde Stellung bei Gebr. Hummel, Holzwerkstatt, Möbelfabrik, Karlsruhe i. Bad., Kriegsstraße 25.

2 tüchtige **Polierer**, welche verschiedene Holzarten polieren können, werden eingestellt bei Möbelfabrik Schreinerhansen, Telefon 29.

Tücht. Vollgatterfchneider mit automatischer Schleifmaschine vertraut, sucht in Kärnten oder Umgebung dauernde Stellung. Regis Kröner, Höchstädt an der Aich, Sadgasse 39.

1 **Korbmaderngehilfen** auf Grängeschlagene stellt ein B. Heierich, Jauer in Schöten.

2 **Korbmaderngehilfen** auf geschlagene Arbeit (Roh). Gewandte Arbeit, Kost und Logis vorhanden, guter Lohn. Eduard Haase, Korbmadernmeister, Dölmehorst bei Bremen.

2 tüchtige **Korbmadern** auf Grün- und Weißgeschlagene für sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. Nur schriftliche Angebote an Fritz Sade, Korbwarengeschäft, Schönhäuser an der Elbe.

2 **per- fekte Korbmaderngehilfen** auf Weiden- und Federnrohrarbeit für sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. Nur schriftliche Angebote an Fritz Sade, Korbwarengeschäft, Schönhäuser an der Elbe.

2 **Korbmadern** auf grüne Arbeit für sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. Nur schriftliche Angebote an Fritz Sade, Korbwarengeschäft, Schönhäuser an der Elbe.

Korbmaderngehilfen auf Korbarbeit gesucht. Frau Peters, Altm., Jockstraße 12.

2 **per- fekte Korbmadern** auf Roh- und Weidenrohrarbeit für sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. Nur schriftliche Angebote an Fritz Sade, Korbwarengeschäft, Schönhäuser an der Elbe.

Gür unsere im Bau befindliche **Büchsenfabrik** in Oberföhnggrün i. Erzgeb. suchen wir z. Antritt am 1. Juli d. J. einen **Meister für Holzler-Fabrikation** sowie einen **Meister für Zureicherei und Pinsel-Fabrikation**. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und des Lohnanspruches erbiten wir mit der Aufschrift „Verwaltungsgeschäfte“ an unsere Adresse: **Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine mbH., Hamburg 1, Belenbinderhof 52.**

Tüchtige Korbmadern auf weiß- und grün geschlagene Arbeit sowie auf Blatt- und Stroharbeit stellt sofort ein Reinhold Krüger, Korbfabrik, Delitzsch.

Polierwalle ♦ Christ, Wänsdamm, Rabenau in Sa.

Tischlerschule Blankenburg (Harz) Prag, g. Rückporto.

Tischlerfachschule Ilmenau in Thür. Ausbildung schnell und gründlich!

Stockmacher, auf best. Schirmgriffe eingearbeitet, möglichst auch im Feilen von Horn- und Kunsthorn-Arten bewandert, an nur sauberes Arbeiten gewöhnt, sofort gesucht. Bredt & Böhm, Köln am Rhein.

Tüchtigeselbständ. Bohrer für Büchsenhöher sucht in dauernde Stellung. Aug. Kiewe, Serzberg (Harz)

2 **per- fekte Bürstenmadern** verl. Karl Fahr, Gollnomb. Strittin, Bornimstraße 23. Reise wird verg.

Leim- u. Furnieröfen fertig, als Spezialität (Preis gratis) Gebr. Keffinger, Freiburg i. B.

Der Tischler

Eine Fachbücherei für Schule und Werkstatt in sieben heften

Sieben erschien:

Heft 1: Materialien, von M. Ehrlich, Architekt

Weiter liegen vor:

Heft 4: Konstruktion der Möbel, von F. Sawage, Architekt. — Heft 5: Konstruktion (Bau), von R. Anger, Architekt.

Die hefte 2, 3, 6 und 7 erscheinen später!

Preis für das einzelne heft 2 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Vorzugsangebot!

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

Inhalt: Erster Teil: Altertum. Zweiter Teil: Mittelalter. Dritter Teil: Neuere Zeit. Vierter Teil: Die Zeit von 1750 bis 1860. Fünfter Teil: Die neueste Zeit bis 1920. Herausgegeben von M. Beer

540 Seiten in Ganzleinen gebunden, statt 10 Mark für nur 8 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Postscheck: 28397

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Würzburg, Soff 17.

Schellack-Ersatz, hell 2,20 Mk. p. kg dunkel 1,50 Mk. p. kg Postpakete gegen Nachnahme. Chem. Fabrik Rud. Oehlske, Berlin SO 116, Lübbener Str. 1.

Um den vielfachen Anfragen zu entgegenen bleibe ich hiermit an:

Sportschlitten-Kufen Esche, gebogen, prima Qualität 100 120 140 160 cm Holz. 2.- 2,50 2,90 3,30 Mk. p. Paar

Schneeschuh-Spanner! Tausendl. bewährte Neuheit. DRGM. Garnitur 2,85 Mk. Alles ab Lager gegen Nachnahme. Lieferung sofort. M. Walther, Dresden 22, Rehfelder Straße 53.

Der beste Putzhobel! mit nachstellb. Keil ohne Pockholzsohle 6,50 Mk.

m. echt. Pockholzsohle 9,50 Mk. frk. Nachn. Gebrauchsfertig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik M. Niessinger in Nürnberg

Erstkl. Hobelbänke, Platten und Gestelle aus la gedämpfter, astreiner Rothuche, do. Fumierböcke, Furnierböcke ganz aus Eisen, mit verschiebbaren Spindeln, Hobel, Schraubzwinde aus Holz und Eisen, Leimlöten, alle Tischlerwerkzeuge billigst bei la Qualität. Kataloge gegen 20 Pf. Briefmarken. Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz, Werkzeugfabrik. Telefon Nr. 1533.

Rose's Handwagen!

Beste Stellwagen- u. Schmiebearbeit. Länge: 80 90 100 110 120 cm Weitem: 17 18 20 23 28 Str. Raffertw. — 19 21 24 29 Str. ausschließlich Fracht gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Falls ich am Wohnort des Interessenten einen Wiederverkauf habe, so erfolgt Betreibung auf diesen. **KURT ROSE, Zeltz.**

Original-Englische Drechsler-Werkzeuge **Englisch. Bildhauer-Werkzeuge** **Werkzeug - Neuheiten** für Tischler, Preise gratis, empfiehlt Bergmann, Berlin, Oppelner Straße 31

Wie habe ich selbst! Photo-Apparate! Lehrbuch, 40 Seiten, geg. 60 Pf. in Briefmarken. E. Pilz, Leipzig 187b